

SPD-Haushaltsrede 2010

23.03.2010

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, verehrte Ratskollegen, meine Damen und Herren,

„Ein Rekordaufkommen bei der Gewerbesteuer hat für Entspannung in den Haushalten der Kommunen gesorgt“, so positiv bilanzierte der Deutsche Städtetag die Entwicklung der kommunalen Einnahmen.

Nein, meine Damen und Herren, ich bin nicht im falschen Film...Bei der o.g. Aussage handelt es sich um ein Zitat aus der Haushaltsrede meines Vorgängers Peter Nowak vom Januar 2007. Die Zeiten haben sich „etwas“ geändert...

Doch der Reihe nach. Die alte Legislaturperiode endete mit einer faustdicken Überraschung... Unmittelbar nach der Kommunalwahl wurde -ganz unvorhersehbar- ein millionenschweres Defizit im städtischen Haushalt bekannt. Natürlich, Frau Bürgermeisterin, ich weiß, was Sie sagen wollen... Die Kommunalaufsicht hat bestätigt, dass alles mit rechten Dingen zuging. Doch wer deren Schreiben richtig liest, der findet dort die Formulierung „mangels zusätzlicher Informationen der Stadt Billerbeck“ oder den Hinweis, dass erst im September 2009 eine „abschließende Bewertung“ möglich war. Das impliziert eine vorherige Absehbarkeit... Fazit: Die Stellungnahme des Kreises ist tatsächlich eine sehr offene und unvollständige...“. Das muss hier nochmals deutlich gesagt werden. Ein fader Nachgeschmack bleibt...

Jetzt, da der neue Haushalt ansteht, beträgt das Defizit sogar schon rund 2,7 Millionen Euro. Ein Betrag, der dazu führt, dass wir auf die Ausgleichsrücklage zurückgreifen müssen, damit Billerbeck nicht sofort wieder in die Haushaltssicherung gelangt. Doch die wird vermutlich nicht einmal für 2010 reichen... Und dann??? Wie hieß es doch noch in Ihrer Etatrede von 2009 Frau Bürgermeisterin? „Wir planen im Bereich der Steuereinnahmen aus Grund- und Gewerbesteuer mit einem leichten Anstieg auf 5,7 Mio. Euro“. Schon damals haben mehrere Ratsmitglieder erhebliche Zweifel daran geäußert. Die aktuelle Planung sieht jetzt gerade noch 4,5 Mio. Euro vor und der Griff in die Tasche des Bürgers durch Steuererhöhungen ab 2011 ist schon angekündigt. Mehr als fraglich ist auch, ob die mittels ansteigender Schlüsselzuweisungen positiv dargestellte Entwicklung ab 2011 angesichts der generellen Probleme der öffentlichen Kassen so eintreten wird...

Natürlich werden uns viele Dinge „von oben aufgedrückt“. Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist der eine Punkt. Wir alle wissen aber auch, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung die vor der Bundestagswahl versprochenen Steuer-

geschenke auf Kosten der Kommunen verteilt. Und wir sprechen hier von 1,6 Mrd. Euro, die durch das sog. "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" auf die Kommunen zukommen. Weitere rund 1,8 Mrd. Ausfälle durch die Wiedereinführung von Steuervorteilen für Auslagerungen bestimmter Unternehmensfunktionen ins Ausland kommen hinzu. Hier muss man ganz klar feststellen, dass in diesen Zeiten der klammen öffentlichen Haushalte Steuergeschenke eben nicht möglich sind. Selbst der Bürger weiß das und wäre sogar nach Umfragen bereit, auf die geringen Entlastungen für sich selbst zu verzichten... Aber Durchpeitschen war nun mal angesagt. Man muss ja auch an benachteiligte Gruppen wie Hotelbesitzer denken...

Doch damit nicht genug... Schwarz-Gelb will auch die Gewerbesteuer -eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen- abschaffen und die Fehlbeträge u.a. mit einer Erhöhung der Einkommensteuer kompensieren. "Mehr Netto vom Brutto", so wurde vor der Wahl geworben... Von wegen! Die Devise lautet Entlastung von Unternehmen auf Kosten der normalen Erwerbstätigen, also des Bürgers wie Sie und ich. Der darf dann im Umkehrschluss die bereits angekündigten städtischen Steuererhöhungen hinnehmen und somit die Zeche zahlen...und das ist nur der Anfang!

Die o.g. Maßnahmen engen insgesamt die ohnehin sehr begrenzten Spielräume der Kommunen weiter massiv ein. Und was macht das Land? Auch hier gibt es an vielen Stellen nur unproduktiven Gegenwind. Beispiel Schulpolitik. Die schwarz-gelbe Landesregierung versucht mit aller Macht, das dreigeteilte und längst überholte Schulsystem zu erhalten. Kommunen, die innovativ denken um ihren Schulstandort zu erhalten, bekommen einen Dämpfer von oben. So wurde beispielsweise der viel versprechende Schulversuch in Ascheberg nicht genehmigt aber die wenig Fortschritt bringende Verbundschule Rosendahl-Legden gegen den Billerbecker Widerstand durchgeboxt.

Und was passiert in Sachen Schulpolitik in Billerbeck meine Damen und Herren? Da glaubte man sich mit einer überparteilichen Expertengruppe auf gutem Weg, um künftig mehr Schüler in Billerbeck zu halten. Und was macht die Billerbecker FDP, Herr Maas? Sie bricht sämtliche Absprachen für eine konstruktive Weiterentwicklung und geht mit einer Presseerklärung selbstdarstellerisch an die Öffentlichkeit... Herzlichen Dank für diese Tat im Namen der Billerbecker Bürger. Sie haben uns um Monate wenn nicht Jahre zurückgeworfen! Und das alles nur, weil Sie auf Landesebene Ihre Felle schwimmen sehen... Das haben die Billerbecker Schüler und ihre Eltern nicht verdient. Und die CDU Billerbeck? Sie geht zusammen mit der FDP einen konservativen Weg. Sollten Ihnen nicht die positiven Erfahrungen mit zahlreichen Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein zu denken geben? Dabei haben Sie sich, Herr Fehmer, in Ihrer Haushaltsrede 2009 doch eindeutig

zu dem Ziel bekannt, mehr Schüler in Billerbeck zu halten und positiv von Modellschulen wie Ascheberg gesprochen!

Die SPD ist mit einem entsprechenden Fraktionsantrag zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule in Billerbeck bereits im Juni 2008 konstruktiv vorangegangen. Leider wurde dieser Antrag in der entsprechenden Ratssitzung von der damals noch bestehenden CDU-Mehrheitsfraktion abgelehnt! Aber auch hier gibt es offenbar Druck von Landesseite. Die in der Nähe von Schulen geplante Aufstellung von CDU-Plakaten mit dem Titel „Diese Schule wird geschlossen, wenn Rot-Rot regiert“ soll in der Bevölkerung lediglich Angst und Unruhe bewirken und entbehrt jeglicher Grundlage. Ein kläglicher Versuch gegen sinkende Umfragewerte... Für wie dumm hält man den Wähler eigentlich??? Möglicherweise hat der Ministerpräsident dieses Landes das jetzt auch selbst erkannt, denn in der BA-Ausgabe des vergangenen Samstags war zu lesen, dass er keinen „Schulkrieg“ wolle. Es bleibt abzuwarten, was denn tatsächlich passiert...

Festzustellen bleibt aus Sicht der SPD-Fraktion ganz klar:

Schwarz-Gelb im Land und in Billerbeck gefährden den hiesigen Schulstandort!!!

Doch zurück zu unserem Haushalt. In der Vergangenheit ist Billerbeck auf beinahe jedes Pferd, das „von oben“ kam, aufgesprungen. Wir haben unsere kritische Haltung dazu schon an vielen Punkten deutlich gemacht. Auch hier geht es nicht ohne Ressourcen, sodass die ohnehin engen Spielräume weiter eingeschränkt werden. Jetzt gilt es zu sparen, wo es geht, ohne sich „kaputt-zu-sparen“. Hier, Frau Bürgermeisterin, vermissen wir kreative Vorschläge von Ihnen. Die Vorlage eines reinen Zahlenwerks reicht nicht aus. Der von uns in der HFA-Sitzung eingebrachte und gemeinsam getragene Vorschlag, den Straßenausbauplan für 2 Jahre auszusetzen und sich auf Pflichtmaßnahmen zu beschränken, hätte auch schon von Ihnen kommen können. Nicht nachvollziehbar sind in diesem Zusammenhang die im Haushaltsentwurf eigenmächtig von Verwaltungsseite vorgenommenen Änderungen in der entsprechenden Prioritätenliste. Diese Festsetzung war ein Beschluss der politischen Gremien in Billerbeck und ein derartiger Umgang mit einer aktuellen Beschlusslage ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar...

Die Kunst, Frau Dirks, ist nicht mit viel Geld etwas zu machen, sondern mit wenig Ressourcen viel zu schaffen. Und da sehen wir noch erheblichen Nachholbedarf...Ich darf in diesem Zusammenhang nur an die Planung und Finanzierung unserer Ganztags Hauptschule erinnern. Hier haben die Sozialdemokraten frühzeitig ihre Bedenken in finanzieller Hinsicht deutlich gemacht. Aufgrund einer totalen Fehlkalkulation kostete der Umbau mal eben

1,2 Mio. Euro mehr! Geld, das wir heute gut brauchen könnten. Von einer professionellen und zukunftsorientierten Verwaltungsleitung durch die Bürgermeisterin kann man da wohl kaum sprechen, Wirtschaftskrise hin oder her... Auch die vielen Leerstände in der Stadt –und sie sind im Vergleich zum Vorjahr mehr und nicht weniger geworden- zeugen nicht gerade von einem guten Stadtmanagement. Positiv erwähnen möchte ich allerdings in Richtung der Bürgermeisterin den Umgang mit dem Thema „Stadtwächter“. Hier wäre unnötig Geld ausgegeben worden für ein Problem, das aus Wahlkampfgründen politisch hochgekocht wurde und uns ebenfalls viel Geld gekostet hätte. Selbstverständlich sind Sachbeschädigungen ärgerlich und werden durch die hiesige Polizei auch sehr ernst genommen. Das zeigt beispielsweise die schnelle Aufklärung der Hakenkreuzschmiererei an der Johannikirche durch die Billerbecker Bezirksdienstbeamten. Hier für ein fragliches Konzept viel Geld in die Hand zu nehmen, entbehrt jeder Grundlage und ist auch in Anbetracht der aktuell für 2009 vorliegenden Kriminalitätszahlen nicht gerechtfertigt. Diese zeigen nämlich einen Rückgang der Straftaten in Billerbeck im Vergleich zum Vorjahr um ca. 10 %. Aufsuchende Jugendarbeit ist hier sicherlich der bessere und Erfolg versprechendere Weg.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die SPD-Fraktion dem diesjährigen Haushalt nicht zustimmen wird. Ausschlaggebend dafür ist einerseits die dargestellte Knebelung der Kommunen durch Land und Bund. Festzustellen ist aber auch, dass das Vertrauen in die Verwaltungsleitung fehlt. Neben den bereits zuvor gemachten Ausführungen haben Sie selbst, Frau Dirks, entscheidend dazu beigetragen. In Ihrem am Samstag im Billerbecker Anzeiger veröffentlichten Interview sagen Sie „Mir gefällt nicht so gut, dass es manchmal Menschen gibt, die nicht ehrlich sind. Die trifft man dann auch – und das ist dann halt Politik.“ Damit unterstellen Sie Politikern generell Unehrlichkeit und diffamieren damit alle hier in der Kommunalpolitik engagierten Menschen, die mit Herzblut viel Zeit und Arbeit für die Stadt Billerbeck und deren Bürger aufbringen. Vielleicht haben Sie Ihre frühere Tätigkeit als CDU-Ratsfrau ja wie im Interview beschrieben gesehen. Ich verstehe meine Tätigkeit für die Bürger anders und bin der Meinung, dass es einer Bürgermeisterin nicht zusteht, so mit gewählten städtischen Vertretern umzugehen. Und wie halten Sie es in Ihrer jetzigen Funktion mit der Wahrheit? Muss ich Sie erst daran erinnern, dass Sie es waren, die im Wahlkampf Familie immer ganz nach vorne gestellt haben aber andererseits den Asbest-Skandal in der Hauptschule vertuschen wollten und engagierten Lehrern bei dem diesbezüglichen Elternabend unberechtigterweise Redeverbot erteilten? Ausführungen zu dem „Auftauchen“ des Haushaltsdefizits habe ich ja schon gemacht. Vertrauen kann so mit Sicherheit nicht entstehen oder wieder hergestellt werden! Auf Ihre traditionelle Einladung zum „Schnittchen essen“ nach der heutigen Haushaltsverabschiedung werde ich bei einem derartigen Verhalten Ihrerseits gerne verzichten!

Abschließend möchte ich im Namen der SPD-Fraktion ausdrücklich der Kämmerei und insbesondere Herrn Melzner danken für die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit dem Haushalt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die SPD-Fraktion im Rat

Hans-Jürgen Dittrich
Fraktionsvorsitzender